

**Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann
zur Niedersächsischen Hochschulpolitik
08. November 2006**

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Anrede

Unsere Hochschul- und Forschungseinrichtungen stehen vor enormen Herausforderungen und Aufgaben.

Die Verhältnisse um uns herum verändern sich dramatisch und mit zunehmender Geschwindigkeit. Die Dimension einiger Probleme macht uns Sorgen und lässt nicht wenige in eine „Augen zu und durch Mentalität“ verfallen, weil wirkungsvolle Lösungen als kaum noch machbar erscheinen.

Nehmen wir als Beispiele die Probleme am Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder die der demographischen Entwicklung. Die Diskussion über die Konsequenzen der Entwicklung der Geburtenzahlen hat viel zu spät begonnen. Schon vor Jahrzehnten hätten wir doch wissen können was auf uns zukommt. Wir müssen künftig lernen frühzeitig über den Horizont hinaus zu denken. Die Diskussionen um die Alterssicherung, die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung stellen auch gegenwärtig, wenn wir ehrlich sind, nur den Beginn der Diskussion darüber dar, wie die Generationen in Deutschland künftig miteinander umgehen, wie wir Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit in Wahrnehmung unserer Verantwortung für unsere Kinder und Enkel angemessen gestalten.

Als noch besorgniserregender empfinde ich die Tatsache, dass wir seit Jahren vor den Folgen des globalen Klimawandels gewarnt werden, aber im Prinzip so weiter gemacht haben wie bisher.

Mancher von uns wird vor gut einem Jahrzehnt Al Gores Buch „Wege zum Gleichgewicht“ gelesen haben und sich in Anbetracht der Tatsache, das Gore heute versucht die Welt erneut wachzurütteln, fragen: Der Mann war Vizepräsident, einer der mächtigsten Männer dieser Welt, warum hat er diese Macht nicht genutzt?

Vielleicht war er es eines Tages satt, ständig hören zu müssen, er übertreibe, so schlimm werde es schon nicht kommen und Klimaveränderungen hat es doch immer gegeben. Wie auch immer. Heute wird nicht mehr über das „ob“ gestritten, sondern nur noch über das „wann“ und vor allem über das mögliche Ausmaß und möglicher Strategien und Maßnahmen, das Ausmaß der Katastrophe abzumildern.

Eines jedenfalls ist klar, die von mir angerissenen Probleme - und wir alle wissen: die Problemliste ist beliebig verlängerbar - bringen zum Ausdruck, dass die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Politik verbessert werden muss und, dass alle möglichen Lösungen künftig nur mit der Wissenschaft gefunden werden können.

Mehr denn jemals zuvor, sind künftig die klügsten und solche Köpfe gefragt, die die beste Ausbildung erfahren haben. Diese bringt aber nur eine leistungsstarke Bildungs- und Forschungslandschaft hervor.

Unsere Zukunftsprobleme sind nur lösbar, wenn unser Land ein Land der Ideen, der Innovationen und der Forschung bleibt, bzw. dort, wo wir es nicht mehr sind, wieder wird.

Dies kann und wird nur gelingen, wenn wir alle verfügbaren Ressourcen auf die Bereiche Bildung und Forschung konzentrieren und Rahmenbedingungen schaffen, die, im Rahmen des Möglichen, sicherstellen, dass diese Ressourcen die größtmögliche Wirkung entfalten.

Dabei steht vor allem ein finanzschwaches Land, wie Niedersachsen vor der Herausforderung, gerade auch im schwieriger gewordenen Wettbewerb mit den reichen süddeutschen Ländern, drei Aufgaben gleichzeitig zu schultern, die übrigens einander bedingen, was die Sache nicht einfacher macht.

Wir müssen folgende drei Aufgaben lösen:

1. Wir müssen den Wirtschafts- und Technologiestandort Niedersachsen stärken. Damit wird die Steuerkraft erhöht. Damit werden Arbeitsplätze geschaffen.
2. Wir müssen die Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken. Nur so können wir der Wirtschaft qualifiziertes Personal und verwertbare Ideen zuführen. Und schließlich
3. Wir müssen die Haushaltskonsolidierung konsequent fortführen. Nur so können wir notwendige Spielräume auf der Ausgabenseite zurückerobern.

Anrede

Vor diesem Hintergrund drängen sich drei Fragen auf. Das sind die drei wesentlichen Fragen, die uns bei unseren hochschulpolitischen Entscheidungen leiten:

1. Welche Aufgaben haben Hochschulen?
2. Welche Bedingungen müssen sie erfüllen?
3. Welche Rahmenbedingungen hat die öffentliche Hand sicherzustellen?

Ich komme zu der ersten Frage, den Aufgaben der Hochschulen: Sehr traditionell lauten die Aufgaben der Hochschulen, „Wissen bewahren, Wissen erweitern und Wissen weitergeben“. Für die Hochschulen zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist diese Aufgabenbeschreibung jedoch unzureichend, sie ist viel komplexer geworden.

Deshalb stehen die Hochschulen vor einem gewaltigen Veränderungsbedarf. Deshalb haben wir unverzüglich nach Regierungsübernahme Abschied genommen vom „Weiter so“ und Reformprozesse eingeleitet, die paradigmatischen Charakter haben.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass unsere Hochschulen heutzutage folgende Aufgaben wahrnehmen:

1. Lehre und Studium sichern,
2. Forschung und Entwicklung gewährleisten,
3. den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern,

4. die Voraussetzungen für wissenschaftliche Weiter- und Fortbildungsangebote schaffen,
5. sich als Dienstleister beispielsweise im Bereich des Technologietransfers oder für Beratungstätigkeiten bereithalten und anbieten,
6. Impulsgeber für gesellschaftliche Entwicklungen sein.

Diese Aufgaben können unsere Hochschulen jedoch nur dann erfolgreich meistern, wenn ihnen

1. verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen, sie
2. eine Höchstmaß an Handlungsfreiheiten gewährt bekommen, sie
3. selber bereit sind, eine klare Leistungs- und Wettbewerbsorientierung vorzunehmen, was ein klares und unverwechselbares Profil jeder Hochschule voraussetzt. Und, wenn sie
4. als wichtigste Bedingung dem Anspruch auf Qualität in Forschung und Lehre Rechnung tragen. Diesem Anspruch müssen sich alle Einzelinteressen unterordnen.

Erlauben Sie mir, dass ich in Bezug auf das Qualitätskriterium Prof. Dr. Hans N. Weiler zitiere, der als Deutscher viele Jahre in Stanford gelehrt und geforscht hat und dort auch als Dekan tätig war. Das Zitat habe ich einem Vortrag Weilers entnommen, den dieser am 14. April 2005 an der Wirtschaftsuniversität in Wien gehalten hat. Weiler gilt heute als einer der gefragtesten und anerkanntesten Wissenschaftsberater.

Zitat: „Eines der größten Probleme vieler herkömmlicher Universitäten ist, dass sie sich mit dem Zustand wissenschaftlicher Mittelmäßigkeit abgefunden und sich darin bequem eingerichtet haben. Das geschieht ohnehin leicht, wenn schon die Eingangstore der Hochschule ohne Unterschied für alle diejenigen geöffnet sind, die einen bestimmten Schulabschluss haben - gleichgültig, ob sie für ein bestimmtes Studium wirklich qualifiziert sind. Das setzt sich dann fort in einer Praxis von professoralen Berufungen, bei denen die Zugehörigkeit zu bestimmten professionellen „Seilschaften“ eine größere Rolle spielt als die wissenschaftliche

Qualifikation und Reputation, und wo Gutachten für Berufungsverfahren immer mehr zu kollegialen Gefälligkeitsdiensten verkommen. „ Ende des Zitats.

Als Politiker hätte ich es vermutlich etwas diplomatischer formuliert und niedersächsische Hochschulen können natürlich nicht gemeint sein, dennoch hat Weiler Recht.

Deshalb hat der Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Berufungspraxis beschlossen, die wir in Niedersachsen übernommen haben und an die sich die Hochschulen, auch nach Übertragung des Berufsrechts, aus eigenem Interesse zu halten haben. Das in Stanford geltende Prinzip für Berufs- und Zulassungsverfahren „when there is doubt, there is no doubt“, also bei Zweifeln im Hinblick auf die Qualifikation, wird der Bewerber zweifelsfrei nicht genommen, sollte auch für alle Niedersächsischen Hochschulen gelten.

Dies gilt vor allem deshalb, weil sich unsere Hochschulen mitten in einem Generationswechsel in der Professorenschaft befinden. Bis zum Jahre 2014, so das Statistische Bundesamt, werden etwa die Hälfte der Professorinnen und Professoren deutscher Hochschulen aus Altersgründen ausscheiden. D. h., wenn Hochschulen oder Länder umsteuern müssen oder wollen, haben Hochschulen jetzt die Möglichkeit, neue Strukturen zu schaffen und auf die wissenschaftliche Entwicklung zu reagieren. Leider hat die Vorgängerregierung diesem Tatbestand kaum Rechnung getragen, was uns heute zusätzliche Probleme bereitet.

Auch unserer Wissenschaftlichen Kommission für die Forschung und der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur für die Lehre, kommen als Instrumente der Qualitätssicherung zunehmende Bedeutung zu. Ich will in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, dass einer uneingeschränkt wirkungsvollen Qualitätssicherung nach wie vor das deutsche Dienstrecht im Wege steht.

Wiederholte Schlechtbewertungen müssen auch zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen können. Dies ist zurzeit kaum der Fall. Die Verbeamtung auf Lebenszeit muss im Hochschulbereich vom Regelfall zum Ausnahmefall werden! Auch müssen wir die Besoldung, über die Möglichkeit der W-Besoldung hinaus, noch leistungsorientierter strukturieren.

Im Jahr 2005 haben wir das Niedersächsische Hochschulzulassungsgesetz reformiert, damit die Hochschulen sich ihre Studierenden und die Studierenden ihre Hochschule aussuchen können. Endlich kommt es nicht mehr nur auf die Durchschnittsnote an, sondern auf die tatsächliche Geeignetheit der Bewerber. Übrigens wird auch dies zu einer Verkürzung der Studienzeiten und zu einer Verringerung der Abbrecherquoten führen. Wir sind damit weiter als die meisten übrigen Länder.

Lassen sie mich Hans Weiler ein weiteres Mal zitieren:

„Wenn es eine Formel gibt, die von der Entwicklung der modernen Wissenschaft obsolet am Wegesrand zurückgelassen wurde, dann sicher die der sog. Volluniversität, d.h., der Hochschule, die alles kann und alles macht, und die Vollständigkeit ihres Fächerangebots für wichtiger hält als die Qualität, mit der die Fächer vertreten, wissenschaftlich bearbeitet und gelehrt werden. Es gibt kaum ein verlässlicheres Rezept für akademische Mittelmäßigkeit als diesen Totalitätsanspruch, dem man dennoch immer wieder begegnet, wenn man Hochschulen nahe legt, sich auf ihre Stärken zu konzentrieren... Das heißt dann aber auch, dass man sich da, wo man schwach ist, konsequent von seinen Schwächen trennt, die Bestimmung von Posterioritäten ist so wichtig, wie die von Prioritäten.“ Zitatende.

Richtig! Jede Hochschule die wettbewerbsfähig bleiben bzw. werden will, muss eine institutionelle **Profilbildung betreiben**. Ein Profil kann eine Hochschule nur dadurch ausbilden, indem sie Prioritäten setzt, die klare Leitungsstrukturen voraussetzen und die Hochschulleitungen vor besondere Herausforderungen stellt. Wenn an einer Stelle Mittel zusätzlich eingesetzt werden, müssen sie an anderer Stelle wieder weggenommen werden. Dies bedeutet harte und für manche schmerzhaft Entscheidungen. Dabei stellt sich in Deutschland häufig das Problem, dass nicht wenige Mitglieder der Hochschulen das Prinzip der „Hochschulautonomie“ nicht als institutionelle Autonomie begreifen, sondern darin vor allem ihre eigene, persönliche Unabhängigkeit sehen. Dies ist übrigens ein Grund dafür, dass nach autonom getroffenen Hochschulentscheidungen, betroffene Einzelpersonen, dann wieder nach

der schützenden Hand des Staates rufen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass durch geschicktes Moderieren und durch modernes Führungs- und Kommunikationsmanagement Konflikte dieser Art gelöst werden können.

Zur Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen gehört auch, dass Hochschulen als Institutionen sich für **Kooperationen mit anderen Hochschulen** und Forschungseinrichtungen öffnen und dass sie im Interesse ihrer eigenen Entwicklung strategische Allianzen bilden müssen. Das gilt nicht nur im Hinblick auf öffentlich finanzierte Einrichtungen, sondern auch auf Privatunternehmen und Einrichtungen in PPP. Deshalb ist in der NHG-Novelle ein neuer § 36 a vorgesehen, mit dem wir gemeinsame Einrichtungen von Kooperationspartnern auf eine sichere rechtliche Grundlage stellen wollen.

Wir setzen damit den Weg fort, den wir mit dem Hochschuloptimierungskonzept eingeschlagen haben. Wir wollen eine „Hochschule Niedersachsen“ schaffen, die Ausdruck einer wettbewerbsfähigen, niedersächsischen Hochschullandschaft ist. Diese Landschaft zeichnet sich eben vor allem durch vernetzte Strukturen aus.

Wesentliche Punkte des HOK wurden in den letzten drei Jahren umgesetzt, so haben wir z.B. mit der Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen einen weit über Niedersachsen hinaus sehr beachteten, mutigen Schritt in die künftige Gestaltung von Hochschulen gemacht. Der zu einem spannenden Prozess mit dem Ziel geführt hat, in Lüneburg eine Universität entstehen zu lassen, die schon in wenigen Jahren benchmark für viele vergleichbare Universitäten Europas sein wird. Das Projekt entspricht genau den heutigen Anforderungen, dass sich Universitäten und Hochschulen täglich neu erfinden müssen, um im Internationalen Wettbewerb und in der Zukunft bestehen zu können.

Mit der Integration der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland in die Fachhochschule Osnabrück und der vereinbarten Integration der Evangelischen Fachhochschule in die Fachhochschule Hannover im kommenden Jahr haben wir bundesweit einmalige Kooperationen zwischen Staat und Kirche im Hochschulbereich in Gang gesetzt, die der jungen Generation, den Hochschulen und dem Land dienen.

Und wir haben mit dem Zukunftsvertrag - verbunden mit der Einführung sozialverträglicher Studienbeiträge - den Hochschulen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes, für einen längeren, über eine Legislaturperiode hinausgehenden Zeitraum, verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen gegeben.

Wir setzen damit auch Ressourcen frei, die nicht mehr für die Finanzadministration, sondern für die Lehre und Forschung genutzt werden können. Auch die sozialverträglichen Studienbeiträge tragen nicht nur zur Verbesserung der Qualität der Lehre, sondern auch zur finanziellen Zukunftssicherung der niedersächsischen Hochschulen bei.

Studienbeiträge allein werden selbstverständlich nicht alle finanziellen Probleme unserer Hochschulen lösen können. Daher haben wir u. a. die Stiftungsprofessuren in Kooperation mit den unterschiedlichsten Wirtschaftszeigen eingeführt.

An dieser Stelle verweise ich auf die Gruppe der ehemaligen Absolventen: den Alumni. Die Absolventen unserer Hochschulen besetzen wichtige Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, Forschung und Verwaltung. Dieses Potential und Netzwerk muss von den Hochschulen auf vielfacher Weise genutzt und verstärkt ausgebaut werden.

Mit den Studienbeitragsdarlehen haben wir die Basis geschaffen, dass jeder die 500 € Studienbeitrag aufbringen kann. Das kürzlich veröffentlichte Gutachten des Stifterverbandes hat die Rechtmäßigkeit des Niedersächsischen Modells bestätigt. Wir haben also unsere Hausaufgaben im vergangenen Jahr richtig gemacht, was man wohl nicht für alle Länder sagen kann. Für uns ist es aber wieder einmal ein Beweis dafür, dass sich die von der SPD ausgemalten Horrorszenarien rund um Studienbeiträge und Ausfallfonds nicht bestätigt haben.

Das Wintersemester hat vor einem Monat begonnen und es zeigt sich: die niedersächsischen Hochschulen haben ihre zusätzlichen Aufgaben gut bewältigt. Eine erste Umfrage ergab, dass sowohl die Zahlungsmoral der Studenten gut war, als auch der Verwaltungsaufwand gut gemeistert wurde. Dennoch werden wir sehr genau auswerten, wie die Prozesse gelaufen sind, wie Gelder eingesetzt wurden und welche Verbesserungen in der Lehre dadurch erzielt werden konnten.

Ganz aktuelle Zahlen kann ich Ihnen heute schon nennen: 713 Studierende haben im Wintersemester 2006/2007 ein Niedersachsen-Studienbeitragsdarlehen beantragt und erhalten. Damit haben insgesamt eher weniger als mehr Studierende auf das Darlehen zurückgegriffen.

Und: An den staatliche Hochschulen bleibt die Zahl der Studienanfänger in diesem Wintersemester in Niedersachsen konstant. Entgegen den von mancher Seite gezielt gestreuten Befürchtungen ist sie an einigen Hochschulen sogar gestiegen. Zum Beispiel an der Hochschule Vechta, an den Universitäten Osnabrück, Oldenburg sowie der Medizinischen Hochschule und der Hochschule für Musik und Theater, Hannover ist die Studienanfängerzahl zum Teil massiv angestiegen.

Mit dem Zukunftsvertrag haben wir auch die formel-, also leistungsgebundene Mittelzuweisung bei den Universitäten eingeführt – ein Schritt, der längst überfällig war. Wir beginnen in Niedersachsen in diesem Jahr 2006 mit 3 Prozent und einer Deckelung bei 0,5 Prozent des jeweiligen Landeszuschusses, um die Verluste und Gewinne nicht zu groß werden zu lassen. Im Jahr 2007 liegt der Anteil bei 6 Prozent und im Jahr 2008 steigt er auf 10 Prozent der laufenden Mittel. Wir haben die Formelzuweisung der Mittel bei den Fachhochschulen im vergangenen Jahr gestoppt, weil diese Formel aufgrund ihrer Konstruktionsfehler durch die Vorgängerregierung dazu geführt hätte, dass einige Hochschulen in echte Liquiditätsprobleme gekommen wären. Mit Zustimmung aller Fachhochschulen wurde eine an die Universitätsformel angelehnte Fachhochschulformel entwickelt, die ebenfalls seit Beginn dieses Jahres eingeführt ist.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Aufgaben der Hochschulen zurückkommen, die ich eingangs nur schlagwortartig erwähnt habe. Wegen der bereits erwähnten stark gestiegenen Qualitätsansprüche der Arbeitswelt müssen die Hochschulen künftig Lehre und Studium für mehr als 40% eines Altersjahrgangs anbieten. Zum Vergleich: vor 50 Jahren waren das noch 3 – 5 % eines Altersjahrgangs. Hinzu kommen die demographischen Folgen für Schulen und Hochschulen. Die Schülerhöchstzahlen an allgemein bildenden niedersächsischen Schulen werden in den nächsten 15 Jahren

um 20 Prozent zurückgehen. Es wäre übrigens ein fataler Fehler, dadurch frei werdende Mittel nicht dem Bildungsbereich zu belassen.

Die Entscheidung, die Gymnasialzeit auf acht Jahre zu verkürzen, die in den letzten Jahren in fast allen Bundesländern gefallen ist, führt dazu, dass die Hochschulen ab 2009/2010 je nach Bundesland doppelte Abiturientenjahrgänge zu erwarten haben, in Niedersachsen im Jahr 2011. Dies bringt erhebliche zusätzliche Anforderungen an die Hochschulen mit sich. Die Länder und der Bund werden deshalb demnächst den Hochschulpakt 2020 beschließen. Ich bin optimistisch, dass Niedersachsen seinen Anteil wird leisten können.

Das Ziel mindestens 40% eines Altersjahrganges in staatlichen Hochschulen, aber auch privaten Hochschulen und Berufsakademien, auszubilden, muss auch im Kontext mit der Umstellung des Studienangebotes auf Bachelor- und Masterstudiengänge gesehen werden.

Zum Wintersemester 2006/07 ist die Zahl der Bachelor- und Master-Studiengänge auf insgesamt 5060 gestiegen. Das sind bereits 44 Prozent aller an deutschen Hochschulen angebotenen Studiengänge. Die Bologna-Vereinbarung, bis zum Jahre 2010 den Europäischen Hochschulraum zu errichten, dürfte also für Deutschland tatsächlich erfüllt werden. In Niedersachsen haben wir bereits 63 % aller Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt. Damit sind wir eines der führenden Länder, liegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, bundesweit auf Platz 3.

Der ehemalige Präsident der Uni Osnabrück und wissenschaftliche Leiter der ZEvA, Prof. Dr. Rainer Künzel, hat dazu vor der Enquetekommission unseres Landtages darauf hingewiesen, dass es für die große Mehrzahl der Hochschulabsolventen ausreiche, mit einer wissenschaftlichen Grundqualifikation in das Berufsleben einzutreten, die unterhalb des mit den heutigen Diplom, Magister- und Staatsexamensabschlüssen verbundenen Qualifikationsniveau liege. Diese Zielsetzung werde mit der flächendeckenden Umstellung der Studienangebote ... verfolgt. Die Erfahrung aus den Akkreditierungen zeige jedoch, dass die Planungen der Hochschulen vielfach den Sinn der Bologna- Reform verfehlen würden, weil das

Studienangebot sich weit überwiegend an den Bildungszielen bisheriger Abschlüsse orientiere.

Die Erfahrungen aus den Akkreditierungen entsprechen leider auch den Erfahrungen des MWK. Deshalb nutze ich die Gelegenheit insoweit unmissverständlich klarzustellen, dass der Regelabschluss künftig der sechssemestrige Bachelor sein wird. Dieser Regelabschluss wird ganz überwiegend zwar wissenschaftsbasiert aber dennoch praxisorientiert sein und den Bedürfnissen der Wirtschaft, insbesondere auch der KMU, Rechnung tragen.

Wegen häufig formulierter Sorgen, insbesondere aus dem Bereich der Ingenieure, sei darauf hingewiesen, dass in besonderen Fällen von der Möglichkeit eines sieben- bzw. achtsemestrigen Bachelor selbstverständlich Gebrauch gemacht werden kann. Insgesamt wird die beschriebene Umstellung zu kürzeren Studienzeiten und geringeren Abbrecherquoten führen und vor allem den Lehrauftrag der Fachhochschulen in Bezug auf diesen Regelabschluss erheblich stärken.

Die Einrichtung von Masterstudiengängen kann dabei an Fachhochschulen nur die Ausnahme bleiben, da unter qualitativen Gesichtspunkten diese nur dort Sinn machen, wo ausreichende Forschungskapazitäten vorhanden sind. Die Masterausbildung und das Promotionsrecht bleiben grundsätzlich den Universitäten vorbehalten, die die jeweiligen Bachelorstudiengänge strukturell eher forschungsorientiert ausrichten und den Master wenn möglich in eine Promotionsphase einmünden lassen. Dabei ist die Durchlässigkeit des Systems sicher zustellen.

Allerdings wird sich auch mancher Bachelorstudiengang einer Universität nach erfolgter Evaluierung den Vorwurf gefallen lassen müssen, kein universitäres Profil aufzuweisen, was dann nicht ohne Konsequenzen bleiben darf und beispielsweise zu einer Umwidmung in einen FH-Studiengang führen kann.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass mittelfristig die Mehrzahl der Studierenden den Regelabschluss in Fachhochschulstudiengängen erwirbt. Die Zahlenverhältnisse werden sich also zu Gunsten der Fachhochschulstudiengänge umkehren. Dies macht zusätzliche Anstrengungen im Hinblick auf die Entwicklung solcher Studiengänge erforderlich.

Bologna richtig machen bedeutet auch, den besonderen Stellenwert von Fort- und Weiterbildungsangeboten zu erkennen. Die Befähigung zum Lebenslangen Lernen wird zukünftig immer stärker der Schlüssel für den persönlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg sein. Lebenslanges Lernen muss deshalb zu einer Selbstverständlichkeit in allen Bildungsbereichen und allen Politikbereichen werden. Als Ausdruck dieser Notwendigkeit müssen die Hochschulen gemeinsam mit anderen Bildungsträgern, wie bspw. unsere Erwachsenenbildungseinrichtungen, vermehrt Angebote zur Qualifikationssicherung und –verbesserung schaffen. Die Versäulung unseres Bildungssystems gehört auch an dieser Stelle aufgebrochen.

Die Hochschullandschaft der Zukunft wird durch eine stärkere Differenzierung gekennzeichnet sein. Dazu gehören auch entsprechende strategische Planungen für Innovationen und Vernetzung mit anderen Hochschulen und **mit der Wirtschaft**.

Dabei werden wir die Hochschulen bei ihrem Umbau durch **das neue NHG** unterstützen.

Wir wollen die **Forschungsmittel**, die Unternehmen an Universitäten vergeben, nicht im Ausland, sondern in Niedersachsen sehen. Wir haben gute Hochschulen, und für die wollen wir werben. Viele Unternehmen suchen sich z.B. gezielt Universitäten aus, mit denen sie besonders enge Kontakte pflegen, die besonders bevorzugt werden bei der Vergabe von Aufträgen, Mitteln und Spenden. Davon wollen wir verstärkt profitieren.

Wir wollen gemeinsam mit den betroffenen Hochschulen die Vernetzung der drei technisch orientierten Universitäten Braunschweig, Clausthal und Hannover in der Lehre, vor allem aber in der Forschung bis hin zur strukturellen Ausrichtung bei der Neubesetzung der Professuren so vorantreiben, dass auf mittlere bis längere Sicht eine trilokale Einrichtung, also eine Hochschule entsteht, die mehr ist als die Summe ihrer Teile und die national und international mit den führenden technischen Hochschulen im Sinne einer NTH, einer Niedersächsischen Technischen Hochschule, konkurrenzfähig ist. Der Arbeitstitel dafür lautet abgekürzt „NTH“. Die Assoziation zur ETH – zur Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich als einer

der weltweit führenden Technischen Hochschulen ist bekannt und gewollt und definiert die Messlatte in der internationalen Konkurrenz. Schon heute ist die Region Braunschweig mit 7,11 % Forschungs- und Entwicklungs-Anteil am Bruttoinlandsprodukt DIE führende Forschungs- und Entwicklungsregion in Europa. Diese Spitzenstellung wollen wir durch die Zusammenführung zur „NTH“ ausbauen.

Verstärkt wollen wir **Austauschprogramme** für Wissenschaftler mit der Wirtschaft anregen und hoffen, dass allfällige rechtliche Hindernisse mit dem NHG abgebaut sind. Aber wir brauchen in den Hochschulen das Bewusstsein, offensiv mit diesen Herausforderungen umzugehen. Wenn zwei Drittel der deutschen Forschungsgelder von der Wirtschaft ausgegeben werden, dann kann es für Hochschulforscher nur von Vorteil sein, auch direkte Erfahrung in der industriellen Forschung zu haben.

Ich bin sicher, dass es einen positiven Einfluss auf gemeinsame Forschungsvorhaben hat, wenn beide Seiten wissen, wie der andere sozusagen „tickt“. Wir wollen die Kooperationen ausbauen und dafür ist gegenseitiges Verständnis eine Grundvoraussetzung. Ein Unternehmen mit Quartalsabschlüssen und einer Börsennotierung unterliegt nun mal anderen Zwängen als eine staatliche Hochschule.

Natürlich gilt die Verknüpfung mit der Wirtschaft nicht für alle Forschungsvorhaben. Natürlich gibt es auch weiterhin zweckfreie Grundlagenforschung, die von der Neugier der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorangetrieben wird. Und wir brauchen diese so genannte zweckfreie, von Neugier getriebene Wissenschaft! Wichtige Erkenntnisse werden oft an den Rändern der unterschiedlichen Disziplinen gewonnen und zwar dort, wo es zu Schnittmengen kommt.

In einem vernetzten System stellen Interdisziplinarität, Profilbildung und Differenzierung, wie oft anders behauptet oder missverstanden, keine Gegensätze dar. Die zunehmende Komplexität der Probleme, wird neben technischen Lösungen, künftig mehr denn je politikwissenschaftliche, soziologische oder ethisch-philosophische Antworten erfordern. Die Zukunft der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Menschheit liegt im Netz, im vernetzten Denken, und dem dazu erforderlichen Mentalitätswandel!

Mit den anstehenden Veränderungen der Studienstrukturen, stellt sich natürlich auch die Frage nach dem Verhältnis von Lehre, Forschung und Entwicklung.

Von Hochschulen werden – zu Recht - Beiträge zu Problemlösungen der Gesellschaft erwartet. Der leider zu früh verstorbene früheren Berliner Wissenschaftssenator, SPD-Generalsekretär und Gründungsrektor der Universität Erfurt, Peter Glotz, hat einmal darauf hingewiesen, dass die deutschen Hochschulen in den letzten 25 Jahren zu wenig von ihrem Wissen, ihrem Know-how und ihrer Erfahrung in Problemdefinition und Problemlösung weitergegeben haben.

Wir wollen die Hochschulen stärker in die Verantwortung nehmen und das hier vorhandene Know-how nutzen, um zu Problemlösungen in unserem Land beizutragen. Deshalb haben wir die Forschungsförderung des Landes neu strukturiert und Forschungsverbände eingerichtet. Diese Verbände werden nach externer Begutachtung finanziert und beschäftigen sich mit Windenergie, Energieforschung und Ernährungsforschung. Weitere, darunter auch zur Altersforschung, werden vorbereitet. Und wichtig, neben den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beteiligen wir auch technologieorientierte Unternehmen, was zu einem verbesserten Technologietransfer führt.

Im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder haben wir in der Vorausscheidung im Januar gut abgeschnitten. Auch mit dem Endergebnis der ersten Runde können wir zufrieden sein: eine Graduiertenschule zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zwei Exzellenzcluster zur Förderung von Spitzenforschung sind ein wichtiger Erfolg für Göttingen und Hannover (MHH). Niedersachsen liegt damit gemeinsam mit Hessen auf Platz 4 der Länderliste (hinter den größeren und finanzkräftigeren Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen). Ich gratuliere der Universität Göttingen und der MHH sowie den vielen erfolgreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu diesem Ergebnis. Damit fließen in den kommenden fünf Jahren zusätzliche rund 47 Millionen Euro an Forschungsmitteln nach Niedersachsen. Das Land beteiligt sich mit rund 12 Millionen Euro an der Förderung. Dennoch bleibt festzuhalten, dass durch die Initiative das bestehende Süd-Nord-Gefälle besonders deutlich geworden ist. Dies spornt uns an, macht uns aber auch Sorgen. Ich bin der festen Überzeugung, dass

spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass die Länder Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Niedersachsen ihre Stärken bündeln und die Herausforderung gemeinsam annehmen müssen.

Mit dem neuen NHG werden hierfür die Voraussetzungen geschaffen. Gleichzeitig werden aber auch die Instrumente gesetzlich verankert, die für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft unabdingbar sind.

Das Teilzeitstudium wird wieder rechtlich abgesichert und für die Zeit der Betreuung von Kindern bis zum 14. Lebensjahr während des Studiums müssen Studierende keine Studienbeiträge zahlen. Wir wollen, dass junge Mütter und Väter studieren. Der herausragenden gesellschaftlichen Bedeutung der Erziehung von Kindern muss in jedem Bereich eine besondere Berücksichtigung zukommen.

Niedersachsens Hochschulen sind bereits führend in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern von Morgen und Übermorgen. In Emden wurde hierzu der Bachelor-Studiengang „Integrative Frühpädagogik“ eingerichtet und in Hildesheim haben wir auf diesem Sektor ein weiteres Leuchtturmprojekt: Die HAWK verzahnt eine Modellkrippe – für Kinder von Studierenden und Mitarbeitern - nach modernsten pädagogischen Konzepten mit Forschung und Ausbildung in einem neuen Studienangebot. Die HAWK wurde mit dem Zertifikat "Audit - Familiengerechte Hochschule" ausgezeichnet.

Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es besonders entscheidend, Kinder und Jugendliche frühzeitig für Wissenschaft und Forschung, insbesondere für die Ingenieur- und Naturwissenschaften zu begeistern. Schon jetzt wird vor einem Akademikermangel gewarnt und einer europäischen Studie (Gago-Bericht) zufolge fehlen in Europa 700.000 Forscherinnen und Forscher, da sich befähigte jüngere Menschen zu selten für eine Forscherkarriere entscheiden. Dem sehen wir natürlich mit großer Sorge entgegen und wollen gerade in diesem Bereich große Anstrengungen unternehmen. Dieses Problem wird nicht gelöst werden können, wenn wir nicht in ganz besonderem Maße auch Frauen in Forscherkarrieren und im Studium fördern.

Veranstaltungen in diesem Jahr, wie die "Nacht der Informatik" im Juni oder "Technik verbindet" an der FH Hannover im letzten Monat, die Projekte der „Kinderuniversitäten“ unserer Hochschulen und die Verankerung des Frühstudiums im NHG - also Schülern die bereits während der Schulzeit ein Studium an der Hochschule aufnehmen - machen mir Mut, dass wir in Niedersachsen auf einem guten Weg sind!

Ein weiteres herausragendes Beispiel für gelungene Technikbegeisterung war der „IdeenPark“ im Frühjahr in Hannover. Die enorme Resonanz auf die Ausstellung hat uns veranlasst das nächste Großprojekt in Angriff zu nehmen: die „Ideen-Expo“ im Herbst 2007. Wir wollen dafür im nächsten Jahr 1 Mio. € aus dem Landesetat zur Verfügung stellen, und sind sehr optimistisch, dass die niedersächsische Wirtschaft sich hier stark engagieren wird. Denn nur wenn es uns gemeinsam gelingt, die Jugend von heute für Technik zu begeistern, wird die Wirtschaft auch morgen noch auf gut ausgebildete Fachkräfte zugreifen können.

Wir sind auf einem hervorragenden Weg in Niedersachsen. Wir haben starke Hochschulen und eine in vielen Bereichen exzellente nachhaltige Forschung. Darauf müssen wir aufbauen und gemeinsam mit unseren Hochschulen die Verantwortung für die kommenden Generationen übernehmen.

Anrede

Sie sehen, es ist ein ehrgeiziges Programm, das ich hier skizziert habe: Weiterführung des Begonnenen, Herausforderungen evaluieren und begegnen mit Neuausrichtung und Kooperationen. Wir brauchen dazu Ihre Unterstützung, die Unterstützung der Hochschulen, der Wirtschaft und letztlich der Gesellschaft. Wir wollen uns in diesem ständigen Wandel durch Qualität, Kenntnisse und Kooperationen behaupten. Wenn wir das paaren mit Effektivität, Energie, Effizienz und Enthusiasmus, dann bin ich sicher, bestehen wir als Gesellschaft und unsere Hochschulen als Institutionen jeden globalen Wettbewerb. Wir wollen gemeinsam mit den Hochschulen neue Wege gehen - zielstrebig, beharrlich, geduldig.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir uns den gewaltigen Herausforderungen stellen und ihnen ein lebenswertes Niedersachsen übergeben.

Dessen Prosperität hängt vom Rohstoff Wissen, seiner Veredelung und Anwendung ab. Dafür lohnt es sich, gemeinsam zu streiten und hart zu arbeiten.